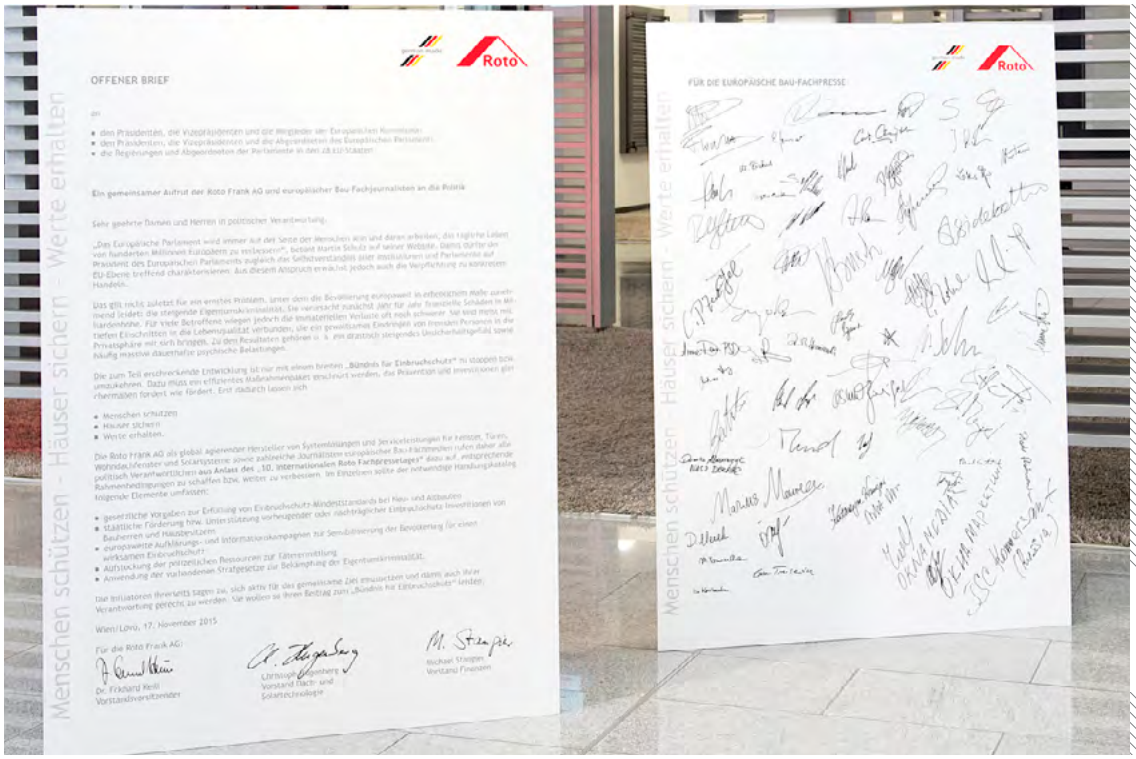
**Führung / Kommunikation**

# Roto-Aktion gegen Einbruch: 60 Journalisten fordern in einem offenen Brief an die EU „Prävention vor Subvention“, aber Politik stellt sich taub

„Wir lassen uns auch durch unerfreuliche Erfahrungen auf der europäischen Bühne nicht davon abbringen, die Politik an ihre Verantwortung für einen wirksamen Schutz von Menschen und Werten zu erinnern. Unsere jüngste Initiative bestätigt, dass das die Bevölkerung zumindest in Deutschland mehrheitlich unterstützt.“ So fasste Dr. Eckhard Keill während des 11. Internationalen Fachpressetages Status und Konsequenzen des generellen Einbruchschutz-Engagements der Roto-Gruppe zusammen. Der Chef des Bauzulieferers sprach sich Mitte November 2016 in Berlin mit Blick auf staatliche Aktivitäten zur Eindämmung der seit Jahren steigenden Einbruchskriminalität im Wohnungsbau klar für das Prinzip „Prävention vor Subvention“ aus.

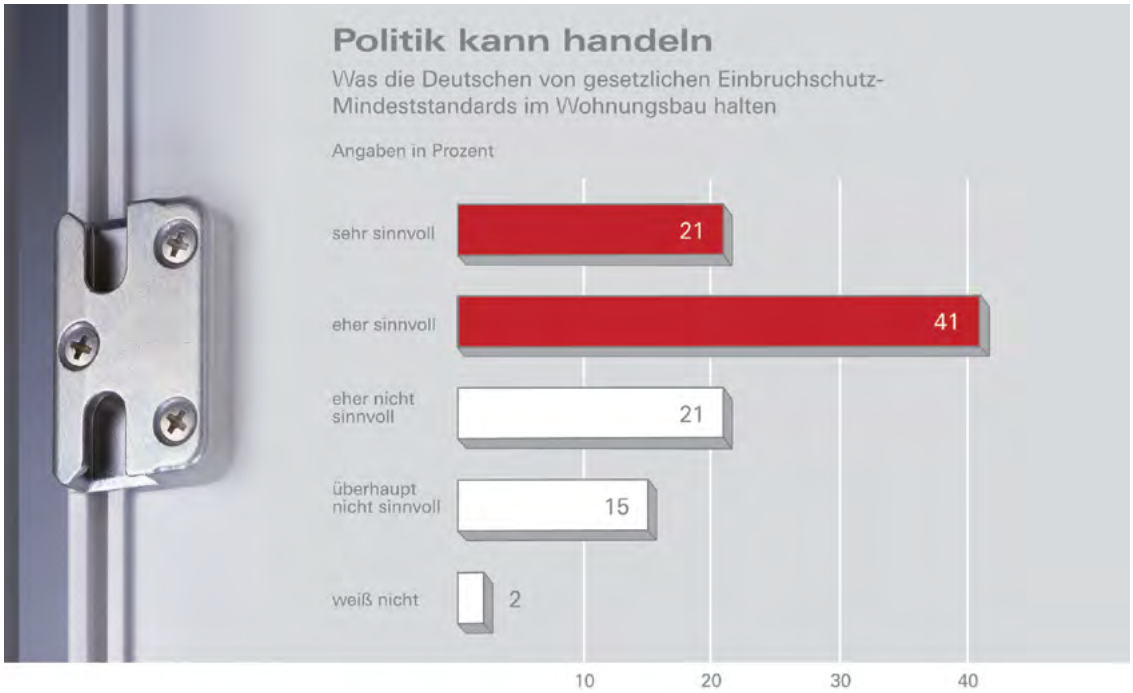



Der „Offene Brief“ der rund 60 Journalisten. Foto: Roto

Aus Anlass des 10. Fachpressetages, der im November 2015 im ungarischen Lövö stattfand, hatte das Unternehmen Parlamente und Regierungen in der EU und ihren 28 Mitgliedsstaaten zum Handeln aufgerufen. In einem „Offenen Brief“ forderte es ein europaweites „Bündnis für Einbruchschutz“. Durch ihre Unterschrift schlossen sich noch während der Veranstaltung rund 60 Journalisten aus zahlreichen Ländern spontan diesem Vorstoß an, schilderte Keill die Ausgangssituation. Ziel sei es u. a. gewesen, die Dokumente dem zuständigen EU-Kommissar in Brüssel persönlich zu übergeben und damit das Thema in die breite Öffentlichkeit zu tragen.

Was dann geschah, nannte der Vorstandsvorsitzende eine „ernüchternde Odyssee“. Trotz intensiver, knapp sechsmonatiger Bemühungen sei der Plan am Ende an „unüberwindbaren Bürokratiehürden und unklaren Zuständigkeiten“ gescheitert. Das von Keill detailliert erläuterte Recherche- und Kontaktprotokoll erhärte „fast jedes Klischee von der Brüsseler Administration“. Danach wurden die diversen Roto-Anfragen von nicht weniger als drei Ressorts in der Kommission „bearbeitet“ bzw. untereinander ausgetauscht. Immerhin habe man noch einen „Achtungserfolg“ erzielt: Das Direktorium „for Internal Market, Industry and Entrepreneurship“ bestätigte schließlich schriftlich die „Wichtigkeit Ihrer Initiative“ und wies darauf hin, dass „die Kommission im Besitz Ihres Offenen Briefes und der begleitenden Dokumentation ist“. Eine Antwort auf die (nochmalige) Frage nach einer persönlichen Übergabe der Originale fehle indes bis heute.

## Verunsichert und deshalb aufgeschlossen




Quelle: forsa
Grundgesamtheit: 61,5 Mio. Bundesbürger ab 18 Jahre

Ungeachtet dessen bleibe Roto aktiv und konzentriere sich bei der „politischen Arbeit“ aktuell auf Deutschland. Als ein konkretes Instrument stellte Keill die Resultate einer neuen forsa-Studie zum Thema „Einbruchschutz“ vor. Die dreiteilige und für 61,5 Mio. Bundesbürger ab 18 Jahre repräsentative Erhebung liefere ein interessantes Meinungsbild der Bevölkerung, das den Verantwortlichen in Bund und Ländern als „belastbare Entscheidungshilfe“ dienen könne und solle.

Zunächst ermittelten die Sozialforscher die Auswirkungen der Tatsache, dass die Zahl der abgeschlossenen bzw. versuchten Einbrüche 2015 in Deutschland mit über 167.000 registrierten Fällen auf ein 20-Jahres-Hoch kletterte. Es beeinträchtige das persönliche Sicherheitsempfinden der Menschen erheblich. Danach fühlen sich aufgrund der negativen Entwicklung 10 % der Bundesbürger inzwischen „überhaupt nicht mehr“ und 36 % „weniger“ sicher. Weitere 36 % bezeichnen ihre Situation nur noch als „relativ sicher“.

Besonders stark wachsen die Ängste, ergänzte Keill, in Ostdeutschland, bei 45- bis 59-Jährigen sowie bei Selbstständigen. Auch in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern liege die auf dem Einbruchrisiko beruhende Verunsicherung über dem Bundesdurchschnitt.

Um das kriminelle Treiben von „Langfinger & Co.“ ebenso präventiv wie effektiv zu bekämpfen, zielte die zweite Frage auf die Akzeptanz der Empfehlung, allgemeine Mindeststandards zum Einbruchschutz im Wohnungsbau gesetzlich vorzuschreiben. Das stoße in der Bevölkerung auf viel Zustimmung. Laut Studie halten 62 % eine derartige Pflicht für „sehr/eher sinnvoll“. Lediglich 15 % könnten sich damit überhaupt nicht anfreunden.

Zu den besonderen Befürwortern spezieller Sicherheitsauflagen gehören, wie es hieß, die ostdeutschen Bürger (66 %) und die in mittelgroßen Städten lebenden Personen (67 %). Überraschend sei der mit 71 % sehr hohe Zuspruch in der Altersgruppe „18 bis 29 Jahre“.

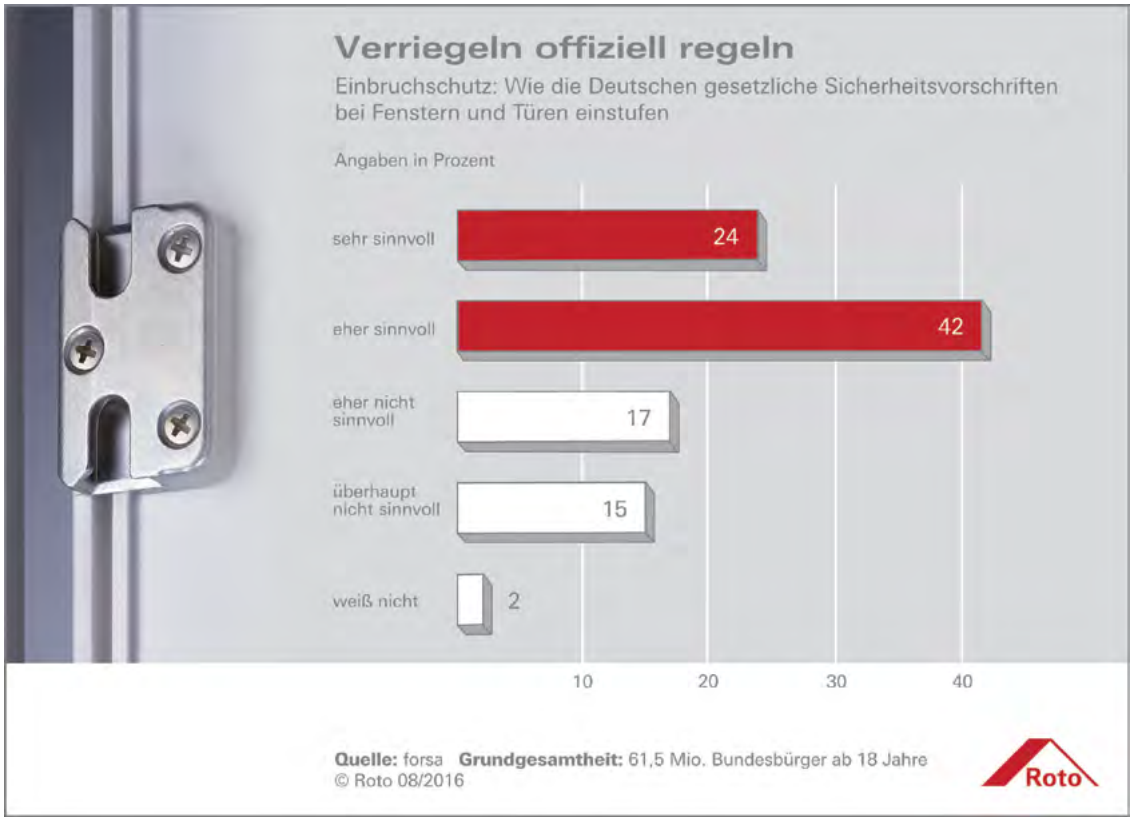
Noch aufgeschlossener sind die Deutschen gemäß der dritten Frage der Erhebung für gesetzliche Sicherheitsvorschriften bei Fenstern und Türen, die sich in der Praxis oft als „leichtester Weg" für Diebe erweisen. Mit 66 % steige die Quote derer, die verbindliche Regelungen im Baurecht als „sehr/eher sinnvoll" bewerten, auf exakt zwei Drittel der Gesamtbevölkerung. Analog dazu lehnten das nur 15 % kategorisch ab.

Erneut zeige sich in der tieferen Analyse die weit überdurchschnittliche Akzeptanz in Ostdeutschland (76 %) und in Städten ab 20.000 Einwohnern (70 %) bzw. ab 100.000 Einwohnern (71 %). Gleiches gelte außerdem wieder für unter 30-Jährige (79 %).

## Gute und schlechte Beispiele

Aus dem eindeutigen Umfragevotum leitete Keill eine „klare Handlungsaufforderung an die Politik" ab. Er appellierte an die zuständigen Ministerien in Bund und Ländern, Maßnahmen zum vorbeugenden Einbruchschutz fest in den Bauordnungen zu verankern – gerade mit Blick auf die zu erwartende Unterstützung durch die Bevölkerung. Die Investitionen für Bauherren und Hausbesitzer seien „überschaubar und in jeder Hinsicht gut angelegt". Außerdem sorge der Gesetzgeber damit für eine Reduzierung der „rasant gestiegenen" und letztlich von allen Versicherten zu tragenden Assekuranzleistungen für Einbruchschäden. Das schaffe u. a. mehr finanzielle Gerechtigkeit.

Zweiflern in der Politik rät der Roto-Chef, sich an den Erfahrungen in den Niederlanden zu orientieren. Dort sei die Realisierung eines einfachen mechanischen Einbruchschutzes bei Neubauten Pflicht. Das habe zu einer um fast 30 % geringeren Zahl vollendeter Delikte geführt. Auch deshalb bleibe im Übrigen die Forderung nach einem europaweiten „Bündnis für Einbruchschutz“ auf dem Tisch. Insofern könne man über die vor kurzem veröffentlichten Pläne der EU-Kommission, künftig bei Neubauten und Sanierungsobjekten Auflademöglichkeiten bzw. -stationen für Elektroautos vorzuschreiben und damit Kosten von bis zu 75.000 Euro pro Anlage zu verursachen, eigentlich „nur den Kopf schütteln“. Das kritische Plädoyer von Keill: „Brüssel sollte sich wirklich mit dem Naheliegenden beschäftigen. Es ist viel dringender und nützlicher, Menschen und Werte nachhaltig vor gewaltsamen Zugriffen zu bewahren.“




## Mit „effizienten Bollwerken“ vorbeugen

In Deutschland sei die 2017 vorgesehene Aufstockung des Volumens für staatliche Zuschüsse bei nachträglichen Einbruchschutz-Maßnahmen auf 50 Mio. Euro als derzeit einziges Instrument zwar im Prinzip zu begrüßen, aber im Kern lediglich „zweite Wahl“. Komme es zu der auch durch die forsa-Studie gestützten Fixierung des Einbruchschutzes im Baurecht, könne der Fiskus am Ende auf finanzielle Anreize für spätere Nachrüstungen verzichten. Daher gelte der Grundsatz „Prävention vor Subvention“.

Unabhängig davon empfehle Roto Haus- und Wohnungseigentümern sowie Mietern eine „aktive Selbsthilfe“. Sie beginne damit, sich bei Fachbetrieben über geeignete Lösungen und Systeme zu informieren. So biete sich einbruchhemmende Beschlagtechnik für leicht erreichbare Fenster und Türen etwa in Kellern und Erdgeschossen ebenso an wie für gefährdete (Schiebe-)Elemente auf Balkonen und Terrassen. Spezielle Komponenten wie Pilzkopf-Sicherheitsschließzapfen, stabile Sicherheitsschließstücke, abschließbare Fenstergriffe und ein Anbohrschutz bewährten sich in der Praxis als „effiziente Bollwerke“ gegen Diebe. Schon deshalb setzt der Bauzulieferer seine vernetzte „Quadro Safe“-Kampagne offensiv fort, betonte Keill.

**Red.**